



auch mit dem ... Kongress ...

Was ist das praktische Ergebnis des Kongresses? Die ...

Jur wichtigsten Frage auf dem Kongress machte man ...

Auch die Behandlung der Sozialgesetzgebung auf dem ...

Alle übrigen Fragen und Tagesordnungspunkte wurden ...

Propagatorische Erklärung Schliebens

Die Angriffe auf das Reichsfinanzministerium, die von einem ...

auf die Verbesserung des ... Kongress ...

Der Reichsfinanzminister, Herr Schlieben, sagte: ...

Die Lage der Einkommensteuer sind ermäßig, nämlich so, ...

Es ist es nicht eine Prozedation, daß der Reichsfinanzminister ...

Wie wichtiges dagegen die Steuerreformulierung der arbeitenden ...

Im Monat Juli hat sich wieder ein Steuerüberschuß von ...

Wäre die Lohnsteuer hat in den ersten vier Monaten ...

Die Umsatzsteuer hat in derselben Zeit 189 Millionen Mark ...

Wenn Schlieben auf die Ermäßigung der Lohnsteuer hinweist, ...

Die angeführten Zahlen sprechen sehr deutlich. Eine derart ...

Die Arbeiterklasse muß in geschlossener Front den Kampf ...

Fast vor allem mit der Lohnsteuer! ...

Nur mit der Lohnsteuer und allen anderen, die arbeitenden ...

Antikriegskämpfe der französischen KZ.

Paris, 7. September. (Eigener Drahtbericht.) In ganz ...

Der Kongress der Minderheitsbewegung

Der „Workers Weekly“, (unser englisches Brudersblatt, Red.) ...

Der Konferenz, die glänzend verlief, wurde beehrt von dem ...

Die Forderungen der Minderheitsbewegung an die Gewerkschaften ...

Der „Workers Weekly“ bemerkt dazu: ...

Der Maslow-Projekt

4 Jahre Gefängnis gegen Maslow beantragt ...

Die Anklage zusammengebrochen ...

Immer wieder werden Schriftstücke vorgelesen. Sehr ...

Schlicht erklärt hierzu, daß er eine derartige ...

Ein zum Beweis für die Gemeingefährlichkeit des ...

Auch ein Brief der Genossin Jettin an den ...

4. Verhandlungstag.

Man geht in die Verhandlung mit der Ueberezeugung, ...

Was die heute Vormittag am 4. Verhandlungstag ...

In der Nachmittagsung nimmt Genosse Maslow ...

Der Vertreter der Reichsanwaltschaft erklärt, daß auf ...

Im Verlauf der Verlesung eines Artikels von Maslow ...

Nur zum Roten Werbetag nach Bauken am 12. u. 13. September

Vertical text on the right edge of the page, including 'Baue' and other fragments.



# 12. Deutscher Gewerkschaftskongress

## „Wir, der ADGB, haben Deutschland vor dem Bolschewismus gerettet“ Sitzungsbericht

Die Rede des Genossen Galm sowohl wie auch seine Erklärung wurde vom ganzen Kongress mit großer Spannung verfolgt, die auf der Bühne stehenden ausländischen Gewerkschaftsvertreter, sowie die im Saale anwesenden Delegierten durch die Erklärung lebend an, um alles zu verstehen.

Der Vorsitzende Schumann versucht den starken Eindruck der Rede und Erklärung durch ein hilfloses Gestammel, wobei er von Uebergang zur Tagesordnung und ähnlichem redete, abgesehen, was aber den Eindruck nur noch erhöhte.

Scheffel (Eisenbahner) nimmt ein Klageglocken an über die von seinen sozialdemokratischen Freunden ins Leben gerufene Technische Nothilfe, über die mangelnden Rechte der Arbeiter, insbesondere der Eisenbahner. Aber — an allem sind die Kommunisten schuld. In dasselbe Horn pfeift Schader vom Textilarbeiterverband.

Siegmann (Fabrikarbeiter), Chemiker, weist die gegen die Kommunisten erhobenen Angriffe zurück. Wenn hier Leipzig, Frey und seine Freunde alle Schuld am Verlust des Achtstundentages und der sonstigen Entrechtung der Arbeiterklasse von sich abwälzen wollen, so darf man nur die Namen Kallits, Schippel, Cohen und Genossen nennen, die als Sozialdemokraten in jeder Frage auf Seiten der Unternehmer standen. Genau sind es auch Sozialdemokraten, die als Schlichter mit den Unternehmern Hand in Hand gegen die Arbeiter kämpften. Diese und ähnliche Taten prominenter SPD- und Gewerkschaftsführer sind es, die den Massen des Vertrauens zu den Gewerkschaften geraubt haben.

### Schlusswort Leipzigs

Leipzig redete des langen und breiten über seine Freude an der Kritik. Doch kann er die von den Kommunisten geübte Kritik nicht vertragen, nennt sie unsachlich und beweistlose Anschuldigungen. Auffällig schaut er sich gegen den von Dismann vertretenen Volksentscheidungsantrag. Er bedauert, daß die DGB-Delegierten sie zwingen, diese Frage in so klarer Form hier zum Ausdruck zu bringen. Der Bundesvorstand wäre doch jederzeit bereit, die von ihm gefassten Beschlüsse durchzuführen und braucht dazu nicht durch einen Extra-Antrag gezwungen zu werden.

Es erfolgen Lobansprachen

### Abstimmungen

über die Anträge und Resolutionen zum Vorstandsbericht. Gegen die Stimmen der Kommunisten wird dem Bundesvorstand Entlastung erteilt.

Der Bundesvorstand hat zu diesem Punkt 11 Resolutionen über: Lohnfrage, Arbeitszeit, Betriebsräte, Technische Nothilfe, Wohnungsfrage, Helmarbeit, Berufsschule, Berufsausbildungsstellen, Genossenschaften, Volksfürsorge, Recht der Arbeiter, Angehörigen und Beamten vorgelegt, die in der bekannt lebendigen Form den „Standpunkt“ des Bundesvorstandes zu den verschiedenen Fragen festlegen. Alle Resolutionen werden einstimmig angenommen, bei Stimmeneinstellung der Kommunisten.

Dem Genossen Galm wird das Wort zur Begründung der Stellungnahme der Kommunisten bei der Abstimmung unter großem Lärm und Gehul der Delegierten verweigert.

Nachdem die große Mehrheit der Anträge schon tags zuvor durch mangelnde Unterstützung „erledigt“ wurden, wird jetzt nur noch über wenige Anträge abgestimmt. Der viel umstrittene Volksentscheidungsantrag des DGB wird durch die Annahme des Antrages für die Arbeitszeitfrage vom Bundesvorstand für erledigt erklärt. Ebenso wird der Berliner DGB-Antrag zum Kampf gegen den Zoll- und Steuerwucher durch Verlesung einer leeren Professeurklärung für erledigt erklärt. Die vom DGB-Berlin und Leipzig gestellten Anträge zur Verbrüderung werden dem Bundesvorstand überwiesen. Augenblicklich wird noch der Antrag, der den Bundesvorstand beauftragt, auf die Konsumvereinstellungen zu wirken, daß sie aus den Arbeitsbeschauverbänden austreten.

(Schluß der Vormittags-Sitzung.)

### Nachmittags-Sitzung

#### Referat über die deutsche Wirtschaft

Professor Dr. Herzberg-Leipzig betont eingangs, daß er kein Wirtschaftsprogramm aufstellen wolle, da dies voraussetze, daß die Gewerkschaften in Deutschland heute die Macht hätten. Er beschränkt sich auf eine Schilderung der wirtschaftlichen Lage, um die Gegenwartsaufgaben der Gewerkschaften zu zeigen.

Herzberg wendet sich gegen die Ansicht, daß die Wirtschaft einheitlich geführt würde und daß politische Grenzverschiebungen auch als wirtschaftliche Veränderungen angesehen werden. Die Nachkriegswirtschaft ist nicht durch politische Grenzen, sondern durch die Transportkosten begründet. Die Schwierigkeiten der heutigen Wirtschaft sind in erster Linie Abnahmewirtschaft. Die Frage ist also: Wie ist es möglich, auf dem Weltmarkt für unsere Produkte wieder Absatz zu finden? Unternehmer und andere Kreise behaupten, diese Schwierigkeiten lediglich aus der sogenannten Überbelastung herzuleiten. Um hierüber ein Urteil zu gewinnen, muß die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft untersucht werden. In erster Linie wird hier die politische Wirtschaftslage als Ursache der Konkurrenzfähigkeit angeführt. Das Gegenteil aber beweist die Tatsache, daß die deutsche Wirtschaft wieder den Vorkriegsstand ganz oder fast erreicht hat in solchen Ländern, in denen der deutsche politische Einfluß am geringsten ist. Mit dem zweiten Grund, der angeführt wird, der Abwertung größerer Wirtschaftgebiete, soll nur der Schein erweckt werden, daß in Deutschland nun jeder um so viel weniger haben könnte, als die verlorenen Gebiete ausmachen. Als dritter Grund werden die Damesaläfte angegeben. Diese stehen jedoch in einem derartigen Verhältnis zu den öffentlichen Ausgaben überhaupt, daß sie nicht die unabhängige Schlüsselstellung der Menschen rechtfertigen. (Vor dem Kriege in Deutschland rund 3 Milliarden öffentliche Ausgaben, dazu 5 Milliarden in Form von Anleihen, zusammen 8 Milliarden; demgegenüber heute im ganzen etwa 11 Milliarden öffentliche Ausgaben, davon nur eine halbe Milliarde Damesaläfte. Zum Vergleich: Steigen der gesamten Ausgaben Englands gegenüber Vorkriegszeit auf das Vierfache, in der Schweiz auf das Dreifache, in Amerika auf das Fünffache.) Deshalb können diese Zahlen nicht das Entscheidende sein. Zu untersuchen ist im einzelnen, wieviel von dieser Mehrlast der Unternehmer trägt und wieviel dies auf die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft drückt. Von Unternehmenseite werden angeführt: Öffentliche Ausgaben, soziale Kosten und Fracht als die drei größten Voten einer angeblich außerordentlichen Mehrbelastung. Herzberg zeigt an einzelnen Zahlen, daß es sich hierbei alles in allem höchstens um einige Milliarden handelt. Bereinigt sind sogar gewinn. Die angeblich hohen Löhne als Mehrbelastung zu bezeichnen. Dringender zeigt Herzberg an genauerem Einzelfakt, daß die deutschen Unternehmer gegenüber den aus-

ländischen beim Soldat eine Ersparnis von 50 Prozent hinsichtlich der Steigerung gegenüber der Vorkriegszeit haben (in Deutschland plus 100 Prozent, im konkurrierenden Ausland plus 20 Prozent). Das ist eine Ersparnis von 33 Bg. pro Stunde für Gelehrte und 20 Bg. für Ungelernte. Bei 2400 Arbeitsstunden im Jahre durchschnittlich 640 Mark pro Arbeiter und bei 13 Millionen Industriearbeitern eine Entlastungssumme von jenseits acht Milliarden Mark. Selbst bei Abzug von 50 Prozent für etwaige Fehler in der Rechnung bleibt eine Ersparnis von 4 Milliarden Mark, denen, wie zuvor gezeigt, eine Mehrbelastung von höchstens einigen Milliarden gegenübersteht. Gegenüber dem amerikanischen Unternehmer ergeben sich eine Ersparnis von sogar 13 Milliarden im Jahre. Der Unterschied zwischen der Steigerung der Belastung in Deutschland und im Ausland beträgt ein Vielfaches der Mehrbelastung in Deutschland.

Als eigentliche Ursachen der Gefährdung der deutschen Konkurrenzfähigkeit bleiben nur noch die technische und organisatorische Rückständigkeit und die hohen Zinsen. Die Mittel der Unternehmer sind hier gegenüber dem Inlandsmarkt: Monopolisierung, Kartellierung und Schutzzölle, gegenüber dem Auslandsmarkt: Der Versuch, das Lohnkonto weiter zu drücken, zumindest es auf lange Zeit auf dem jetzigen Stande zu halten.

Dringendste Aufgaben der Gewerkschaften seien, die Festlegung auf den ungeliebten Stand von heute zu verhindern. Bezüglich der Monopolisierung seien die Möglichkeiten der Gewerkschaften sehr beschränkt. Er verspricht sich auch von einer Kartellbewegung wenig Abhilfe. Das eigentliche Gebiet der Gewerkschaften sei die Lohn- und Arbeitszeitfrage. Steigerung der Produktivität auf Kosten der Arbeitszeit komme nicht in Frage. So sei nicht Aufgabe der Gewerkschaften, sondern der Unternehmer, die technische Rückständigkeit der Betriebe zu verbessern, die Hauptaufgabe sei nicht die Betriebsführung als Wirtschaftsführung anzusehen, sondern die Organisation der Arbeit im Kampfe.

Das von Jädel gehaltene

#### Referat über Wirtschaftsdemokratie

war sehr unklar und voller Widerspruch. Er stellte eingangs fest, daß der Kapitalismus sich zwar rasend ausbreite, daß aber ihm in den Kolonialländern starker Widerstand und harte Konkurrenz erwachse, die ihn zwingen, erstklassige Qualitätsware zu liefern, um überhaupt noch Absatzgebiete in den Kolonialgebieten zu haben. Dies rufe in der gesamten Weltwirtschaft eine ungeheure Umwälzung — Jädel nennt dies Weltrevolution — hervor.

Im wesentlichen ist das, was sich Jädel unter Wirtschaftsdemokratie vorstellt, der reine Reformismus und Ablehnung jeglichen revolutionären Kampfes. Er sagt, die Arbeiter, die Gewerkschaften sind verpflichtet, gemeinsam mit dem Unternehmertum die Typisierung und Normalisierung und Einführung des Lohnsystems in der Wirtschaft durchzuführen, um die Produktivität zu steigern, um dadurch den Absatz auf dem Weltmarkt zu ermöglichen. Unmittelbar darauf erklärte er aber, daß das Besondere des Arbeiters bei der Produktion nicht getötet werden dürfe, sondern voll zur Auswirkung kommen müsse. (Wie das mit der Normalisierung und Typisierung in Einklang zu bringen ist, hat Jädel leider nicht verraten.) Ebenso erklärte er auch, nachdem er vorher für die gemeinsame Arbeit der Professoreln mit dem Unternehmern eintrat, daß ein harmonisches Arbeiten mit dem Kapital selbstverständlich ausgeschlossen wäre. Er denkt sich das so, daß durch das Einbringen der Arbeiter in die Wirtschaft (Betriebsräte, Teilnahme an Aufsichtsratsentscheidungen, Wirtschaftskammern usw.), kurz die wirtschaftliche Beteiligung auf allen nur möglichen Gebieten einen ganz neuen Geist, eben den Geist der Wirtschaftsdemokratie erzeugen und schaffen muß. Vorbehaltlich erklärte er, über die Form der Wirtschaftsdemokratie nichts sagen zu wollen, die Hauptsache wäre der Wille der Gewerkschaften zum Einbringen in die Wirtschaft. Gleichbedeutend mit dem Kapital, die Wirtschaft zu führen — so ruft Jädel in den Saal — das ist der Drang der Massen, der sich nicht mehr aufhalten läßt. (??)

Besonderes Gewicht legte er in seinen Ausführungen auf die Schaffung eines Reichswirtschaftsrates, der aber nicht nur ein beratendes, sondern ein beschließendes Wirtschaftsparlament sein müsse.

(Schluß der Nachmittags-Sitzung.)

#### Sitzungsbericht vom 2. Verhandlungstag

Als erster Diskussionsredner sprach Ellinger von der Bauhüttenbewegung. Er steht darin den Weg zum Sozialismus und verlangt, daß diese Methode nicht nur im Baugewerbe, sondern in allen Industriezweigen angewendet werden müsse. (Wiso, Schluß mit dem Klassenkampf — Konkurrenzkampf auf kapitalistischer Grundlage gegen das Unternehmertum auf der ganzen Linie!)

Eggerl vom Bundesvorstand begründet die drei vorgelegten Resolutionen des Bundesvorstandes. Dieser Sonderbare „Sozialist“ und „Wargit“ fordert die deutsche Wirtschaft auf, sie möge nach wissenschaftlichen Methoden feststellen, wo die Krankheit der deutschen Wirtschaft zu suchen sei. Im übrigen stellt er sich in bezug auf Wirtschaftsdemokratie ganz auf den von Jädel vertretenen Standpunkt.

Hennemann-Brandfurt (Holzarbeiter) verlangt eine aktive politische Betätigung der Gewerkschaften. Nur wenn die Gewerkschaften um die politische Macht kämpfen, werden wir auf wirtschaftlichem Gebiet weiter kommen.

#### Gegen die reformistischen Illusionen

##### Genosse Kraus:

Die von Jädel vorgelegte Wirtschaftsdemokratie ist die Fortsetzung der Arbeitsgemeinschaft. Die Folge wäre: Die Gewerkschaften haben sich mit der privatkapitalistischen Wirtschaftswelt abgefunden. Der Militarismus ist überhand und die Gewerkschaften haben die Verpflichtung, die kapitalistische Wirtschaft mit aufzubauen und zu erhalten. Gibt es überhaupt eine Wirtschaftsdemokratie. So wie die politische Demokratie seit der Revolution 1918 vollkommen verjagt hat, so wird es auch mit der Wirtschaftsdemokratie ergehen, sie wird ebenso bankrott machen, weil es unmöglich ist, die vorhandenen Gegensätze zu überwinden. Mit dem Schlagwort „Wirtschaftsdemokratie“ werden absichtlich den Arbeitern Illusionen eingeimpft, um sie von dem rücksichtslosen Klassenkampf abzuhalten. Aber nicht nur das; die Gefahr, die bei der Durchföhrung einer Wirtschaftsdemokratie, wie sie hier vorgegetragen wurde, ist die, daß die Gewerkschaften immer fester an die kapitalistische Wirtschaft gebunden werden und dann ganz naturgemäß den Kampf des Proletariats gegen die kapitalistische Wirtschaft unterdrücken.

Die Befürworter dieser Art Wirtschaftsdemokratie glauben an die allmähliche Umwandlung, an eine Kerberung der ganzen

geistigen Einstellung zu dem Wirtschaftsproblem durch das Einbringen von Arbeiterelementen in die Wirtschaftskörper, in ihre Leitungen. Das ist vollkommen abwegig. Sehen wir uns doch die vielen Arbeiterführer an, die sich in den Wirtschaftskörpern des Staates, der Kommune usw. betätigen, sie haben nicht die kapitalistische Einstellung geändert, sondern umgekehrt, daran zweifelt, daß dort sich nur die Schiebepörsche sozialdemokratischer und Handelsminister ansetzen und es wird seinen Interessen von denen der Bürgerlichen finden.

Wenn Jädel weiter sagt, daß die Methoden hierzu in Deutschland nicht eingeföhrt werden können, so sage ich, daß diese Methoden bereits in Deutschland eingeföhrt sind und in immer härteren Maße eingeföhrt werden. (Wirtschafts-Geht richtig!)

Der beste und einzige Weg, den Einfluß der Arbeiter in der Wirtschaft zu stärken und das Ziel: Ueberwindung des Kapitalismus und Einführung der sozialistischen Gesellschaft durch starke Organisationen, starke Gewerkschaften nach dem Vorbild der Industrieverbände und rücksichtslose Anwendung der Macht der Arbeiterklasse in der Form des Klassenkampfes. Dazu sind nur dann, werden wir den Unternehmern unsere wirtschaftlichen Forderungen abtrotzen. Allen anders sind gefährliche Illusionen, deshalb müssen wir die von Jädel vorgelegten Theorien und auch die vom Bundesvorstand vorgelegten Resolutionen der Wirtschaftsdemokratie ablehnen. (Starker, demonstrativer Beifall auf den Tribünen.)

#### Schluß mit den alten Ideen — Wirtschaftsdemokratie

##### das neue Ideal

Tarnow legte das, was der ADGB in Wirtschaftsdemokratie seiner Wirtschaftsdemokratie will, in wenigen Worten sehr deutlicher und klarer dar, als es in den beiden vorherigen Reden zum Ausdruck kam. Er sagte nämlich: Die Arbeiterklasse hat große Hoffnungen, die die Arbeiterklasse an die Revolution 1918 an die Uebernahme der politischen Macht durch die Arbeiterführer stellt, hat zu großen Enttäuschungen geführt. Die schwere Enttäuschung ist es auch, die große Massen von Arbeitern in das Lager der kommunistischen Partei geführt hat. Wir müssen erkennen, daß wir durch den politischen Kampf nicht vorwärts kommen, daß aber die Massen sich für einen sozialistischen Kampf eignen können, und deshalb müssen wir das Schlagwort „Wirtschaftsdemokratie“ in die Massen werfen. (Wiso: Schluß mit dem Ideal des Sozialismus, der sozialen Revolution — Wirtschaftsdemokratie wird hier ganz offen als das Schlagwort bezeichnet, mit dem man die Massen betören kann.)

#### Die „bolschewistische“ Reichsverfassung

Dismann begründet den Antrag 73 der Berliner DGB-Arbeiter, der ausgehend von dem Artikel 165 der Reichsverfassung außer der Bildung eines Reichswirtschaftsrates auch eine Arbeiterkammer verlangt. Er gibt bekannt, daß die Redaktionskommission diesen Antrag zur Ablehnung erachtete, weil der Artikel 165 der Reichsverfassung kommunalistische Forderungen enthält. Dismann stellt fest, daß bei der Schöpfung der Reichsverfassung nicht ein einziger Kommunist mitgehört hätte und er tritt sehr stark für die Schöpfung reiner Arbeiterkammern, statt nur partieller Wirtschaftskammern ein. Auch in den weiteren Ausführungen weicht Dismann sehr stark von der Auffassung Jädel, Tarnows und Genossen ab, betont, daß es kein erfolgreiches Zusammenarbeiten mit den Kapitalisten in Wirtschaftsorganen geben könne, sondern daß immer die entscheidenden Kräfte durch den Kampf ausgetragen werden müssen.

Schulz (DGB), Bremen, tritt ebenfalls auf Grund der Erfahrungen der einzigen Arbeiterkammer in Deutschland, die seit Jahren in Bremen besteht, für eine Arbeiterkammer ein. Ebenfalls Schulz (Bauarbeiter), Berlin.

Vimberts (Bergarbeiter), liefert durch Schilderung seiner praktischen Erfahrungen im Reichslohlenrat den Beweis, daß solange die Kapitalisten Besitzer der Werke und Produktionsmittel sind, die Arbeiter keine Erfolge in den Wirtschaftsorganen erzielen können. Schmidt (Landarbeiter) bringt es nicht unter diesem Tagesordnungspunkte fertig, gegen die Kommunisten zu heben und polemisiert im übrigen gegen die Wirtschaftsgebarung.

#### Nicht Wirtschaftsdemokratie, sondern Klassenkampf

Mit einem Schloge hörte die bis dahin herrschende Unruhe im Saale auf, als

##### Genosse Galm

das Wort ergriff. Er legte eingangs dar, daß Professor Herzberg zwar die Wirtschaft geschildert hat, so wie sie ist, nicht seinen Weg gezeigt hat, den die Gewerkschaften zur Ueberwindung der Herrschaft über die Wirtschaft gehen sollen. Jedoch hat Herzberg im Gegensatz zu Jädel festgestellt, daß im Kampfe der heutigen Wirtschaftsordnung das Ziel der Arbeiterklasse, die Wirtschaft zu führen, nicht durchgeföhrt werden könne. Das aber überhaupt möglich, in der gegenwärtigen kapitalistischen Gesellschaft seitens der Arbeiter mit Erfolg an der Wirtschaftsföhrung sich zu beteiligen. Wir Kommunisten sagen nein. Das es aber auch Sozialdemokraten gibt, die anderer Auffassung als Jädel sind, das geht aus dem Artikel des DGB-Hauptorganes „Mittelschicht“ Schlußstück in der „Arbeit“ hervor. Er schreibt:

„Damit zeigt sich auch die Schwäche partieller Wirtschaftskörper: Siehen sich beide Gruppen geschloffen gegenüber, so kann es zu keinen Beschlüssen kommen. Da aber die Arbeiter viel leichter auseinanderfallen, als die Unternehmer, so kommen Beschlüsse in der Regel nur auf Kosten der ersteren zustande. Eine wirtschaftliche Demokratie ist auf diese Weise nicht zu erzielen, denn erst müßte der Wille der Unternehmer seinen Einfluß der Arbeiter auf die Wirtschaft zu halbieren, abgedämpft werden. Das wird aber nicht möglich sein, ohne das Eigentumsrecht der Unternehmer zu beschneiden und aufzuheben.“

Diese Stellungnahme Schließtebs können wir Kommunisten voll und ganz unterstützen. Es ist einmal so, daß da, wo die Interessengegensätze zusammenprallen, keine Verständigung möglich ist. Wenn wir als Gewerkschaften uns trotzdem auf die Seite der Wirtschaftsdemokratie stellen, wie sie hier vertreten wurde, dann spielen wir die Rolle des Werkmeisters des kapitalistischen Antreibers in der Fabrik, der zwar auch hier und da mitreden kann, aber im wesentlichen doch nur der Kuli und des Ausdeutungsobjekt des Kapitals ist und dafür nur ein wenig besser bezahlt wird, wie die übrigen Arbeiter, ob und zu auch für besondere Dienste Extravergütung erhält.

Herzberg sprach wie Jädel sprachen von der Ineffizienz in der Wirtschaftsföhrung und daß die Arbeiter sich die

# Aus Ostschlesien

541

## Roter Jugendtag in Weichen

(Jugendarbeiterfortbildung)

Zwei Aufmärsche in Weichen: Die rote Klassenfront und die Aktion marschierten am Sonnabend und Sonntag, den 8. und 9. September in Weichen auf. Schon am Sonnabend zogen Tausende in großen Zügen die Teilnehmer - Roter Jungturm, A.J. und Jung-Spartakus - anmarschiert. Die Fahnen flatterten im Wind. Die Weichen Arbeiter trafen nach dem „Alberthof“, denn dort veranstaltete die kommunistische Jugend ihren roten Begrüßungsabend. Lange vor 8 Uhr ist der große Saal gefüllt bis auf den letzten Platz. Nach 8 Uhr eröffnet ein Vertreter der Jugendbezirksleitung die Kundgebung mit einigen kurzen, markigen Worten, die mit einem Hoch auf die kommunistische Jugendinternationale schließen. Nun mischt sich Punkt für Punkt das Programm des Abends ab, das von Anfang bis Ende aufmerksame Zuhörer fand. Großen Beifall fanden die beiden von der Jugend selbst ausgearbeiteten Theaterstücke „Die deutsche Uthela“ und „Kantates Traum“. In kurzen Ansprachen forderten ein Vertreter des IGB, des Roten Jungturms, der kommunistischen Lehrerschaft, der Partei und der Jugend die rote Einheitsfront zu errichten zur Erreichung des Sieges, zur Durchführung der proletarischen Revolution. So war der rote Abend wirklich ein Auftakt zur Demonstration am Sonntag, ein Kräfte sammeln.

Am Sonntag morgen 7 Uhr rüdte der Spielmannszug aus, um die Proletarier von Weichen zu wecken. Bereits in den frühen Vormittagsstunden marschierte ein großer Zug durch Weichen. Um 9 Uhr war die Kundgebung auf dem Kleinmarkt. Es waren alle aufmarschiert. Nach dem Gesang der Internationalen sprach Genosse Arno und ermahnte die Jugend, weiterhin zu kämpfen für ihre Forderungen und Ziele bis zum letzten Ende. Er gedachte noch einmal der vergangenen Jahre, wo die Jugend für die Interessen des Kapitalismus in die Kämpfe gezogen wurde und wo sie sich in dieser Zeit trotz Gefahren und trotz Verfolgungen zusammenfand, um den Krieg gegen den kapitalistischen Krieg zu führen. Er wies auf die Gefahr hin, die heute wieder droht. Die Kapitalisten organisieren gemeinsam mit den Sozialdemokraten einen großen Krieg gegen den Sowjetrußland. Es ist Pflicht eines jeden Kommunisten, gegen diesen Krieg zu kämpfen. Nachdem er die Jugendlichen nach zur eilernen Disziplin aufforderte, schloß er die Ansprache mit einem kräftigen Hoch auf die Bekämpfung der Arbeiter, des Jungproletariats, worin alle Demonstrationen einfließen.

Unter dem Schlußgesang „Wir sind die junge Garde“ formierte sich der Zug zur Demonstration durch Weichen. Am Nachmittag trafen sich die Genossen, wie überhaupt alle Teilnehmer zum Marsch nach dem Schützenplatz, wo dann die Spiele waren. Am späten Nachmittag, wie dann am Abend zogen die einzelnen Genossen nach ihrem Ort zurück.

Der Jugendtag zeigte den wachsenden Einfluß des kommunistischen Jugendverbandes auch in Ostschlesien. Vielen Eindruck verfesten im Interesse der Gesamtarbeiterbewegung, das ist die nächste Aufgabe aller jungen und alten Kommunisten.

## Der Werwolf-Überfall in Weichen

(Jugendgenossenbericht)

Als sich die erste Demonstration aufgelöst hatte und die Jugendgenossen in ihre Quartiere rüdten, sammelte sich eine Abteilung Werwölfe und überfiel eine Gruppe von Jugendgenossen, die wehrlos war, und schlug auf sie wie auf Tiere ein. Als eine Abteilung Sipos kam und wir das Vorgefallene berichteten und sie auf die neue Folgeordnung aufmerksam machten, taten sie gar nichts und ließen die Werwölfe abrudern, ohne die Namen festzustellen, trotzdem sich einige Passanten an ein

**Redakteur der „Weichen Volkszeitung“** als Zeuge meldeten. Wir wurden nach der Woche geschickt. Als wir dort ankamen, wurden unsere Namen notiert; ich wollte schon berichten, als mir vom Wachhabenden erklärt wurde: „Da niemand von der Gegenseite anwesend ist, hat die Vernehmung ja gar keinen Zweck!“ Das ist das Resultat der ministeriellen Demonstrationsserien!

## Baugen

Am 12. und 13. September marschierte die Arbeiterschaft unter roten Fahnen in Baugen auf. Alle Parteigenossen im Gebiete der Amtshauptmannschaften Baugen und Jittau sowie der angrenzenden Gebiete, beteiligten sich geschlossen an dem Aufmarsch!

Sonnabend, 12. September: Empfang am Bahnhof, 7 Uhr Abmarsch nach den „Drei Linden“. Dasselbst abends Kommers. Sonntag, 13. September: Stellen zur Demonstration früh 8 Uhr auf dem Kornmarkt.

**Berichtigung.** In dem eingeleiteten Artikel „Streik bei den Carbonitum-Werken“ muß es heißen: 1. Die Versammlung beschloß mit 254 gegen 10 Stimmen (nicht mit 245 gegen 211 Stimmen) und 2. Stimmhaltungen von Streik. 2. Es wurden bewilligt bis 15. Oktober nichts und vom 16. Oktober bis 31. März 1928 5 Prozent (nicht 6 Pf.).

Im Saal herrscht tiefe Stille. Nicht das kleinste Geräusch ist hörbar. Alle lauschen gespannt der Rede. „Die Revolution ist in Gefahr“, spricht langsam der Redner. „Wir müssen zum Angriff übergehen. Die Hoffnung auf eine friedliche Entwicklung ist ein unentschuldigbarer Irrtum. Gegen den Angriff sein, heißt Verrat an der Arbeiterschaft begehen. Die Arbeiterklasse wird uns unerschrockenheit und unzerklümmelten Mut zeigen. Die Arbeiterklasse will den Kampf; sie zurückhalten, heißt, sie dem Bonapartisten Kerensky und seinen Generälen ausliefern.“

Es gibt aber noch eine andere Strömung in unserer Organisation: diese Genossen verlangen zuerst eine Sammlung der Kräfte. Auch das ist eine falsche und schandliche Stellung. Diese Genossen sollten wissen, daß im Kampfe ein glücklicher für den Angriff gewählter Moment von großer Bedeutung sein kann. Und jetzt ist eben der passende Moment.“

Der Referent führt Zahlen an, die den Mitgliederstand der Organisationen der Partei, der Gewerkschaften und der Betriebsräte angeben. Er spricht vom Umfang anderer Kräfte. Und wieder Zahlen, Zahlen. Weiter spricht er über die letzten Wahlen in die Moskauer Bezirksduma. Berichtet über die Stimmung der Bauern zu unseren Gunsten. Dann zählt er die Garnisonen auf, die für die Sowjetmacht sind, führt einige Tatsachen an, die die Stimmung in der Armee kennzeichnen.

„Die Armee fordert, daß die Partei jetzt gleich zum Angriff übergeht. Wir sollen den Frieden fordern. Die ganze Armee, alle Soldaten, werden uns darin unterstützen; niemandem wird es gelingen, sie gegen die Sowjetmacht zu stimmen. Weiter fordern wir, und wir werden es erreichen, daß der Grundbesitz der Junker, der Klöster und des Staates sofort den Bauern übergeben wird. Wer von den Bauern wird dann gegen uns aufstehen? Wir verlangen für die Arbeiter die Nationalisierung der Banken, die Einführung des allgemeinen Arbeitszwanges, Bildung von Komitees für die Versorgung mit Lebensmitteln, Konfiskation aller Lebensmittelvorräte zu Gunsten der Arbeiterschaft. Wir wollen die Produktionskontrolle einführen. Wird uns das die Mehrheit der Arbeiter zuführen? Entworfen hat das nicht die Menschewiki und Sozialrevolutionäre?“

(Fortsetzung folgt.)

von der kapitalistischen zur sozialistischen Periode befinden. Er legt sich besonders mit Robert Schmidt wegen des Begriffs „Wirtschaftsführung“ auseinander, unter der letzterer nichts anderes als die organisierte und bewusste Vertretung der Interessen verschiedener Wirtschaftsklassen meint. Die von ihm vertretene Wirtschaftsführung sei heute nicht vorhanden, sondern nur das entfernte hohe ideale Ziel der Arbeiterbewegung. Beteiligung an der Betriebsführung sei nicht Ziel des Sozialismus. Auch Wirtschaftsdemokratie sei erst möglich, wenn überhaupt Wirtschaftsführung da ist. Und Wirtschaftsdemokratie legt eine vollkommen neue Ordnung der Gesellschaft voraus. Wirtschaft als Ziel sei für uns zum Teil Staatssozialismus, zum Teil Syndikalismus. Genossenschaften, Bauhütten, Planwirtschaft und ähnliche Dinge sei nicht der Weg zu einer Wirtschaftsdemokratie. Er wendet sich scharf gegen die Auffassung Robert Schmidts von seiner diktatorischen „Wirtschaftsdemokratie“.

Zur Abstimmung stehen nur die drei großen, vom Bundesvorstand vorgelegten Resolutionen, und ganz wenige Anträge, darunter der viel umstrittene Antrag 73 des Berliner Metallarbeiterverbandes, der die reine Arbeiterkammer verlangt. Tatpunkt siehe, daß im Falle der Annahme der Bundesvorstandsresolution der Antrag 73 erwidrigt sei. Er polemisierte dabei sehr scharf gegen Dittmann und seine engeren Freunde. So wurde soeben die entscheidende Resolution des Bundesvorstandes über Wirtschaftsdemokratie mit allen gegen 14 Stimmen angenommen. Neben den Kommunisten stimmten mit Dittmann nur 12 Delegierte des Metallarbeiterverbandes. Ein Zeichen, wie einlaam Dittmann selbst in seinem eigenen Verband steht.

**1. Punkt Sozialgleichgebung**  
Der Referent Hermann Müller vom Bundesvorstand (nicht zu verwechseln mit dem SPD-Vorsitzenden Hermann Müller) begann seine Ausführungen mit der Feststellung, daß für den Rückgang auf sozialpolitischem Gebiet nicht die Gewerkschaften verantwortlich wären, sondern daß die Arbeiter beteiligt hätten. Er bespricht dann die verschiedenen von der Regierung vorgelegten sozialpolitischen Gesetzentwürfe, kritisiert in sehr wohlwollender Weise das Arbeitsgerichtsgesetz und sieht in ihm eine brauchbare Basis für die Schaffung eines guten Gesetzes. In der Frage der Arbeitslosenunterstützung vertritt er das Prinzip der Arbeitslosenversicherung mit Beitragszahlung durch die Arbeiter und lehnt das Prinzip der Fürsorge ohne Beitragszahlung ab. Er spricht dann noch über Vereinfachung des Versicherungswezens und legt dann zum Schluß:

Wir, die Gewerkschaften, haben es, die sich stets der Verantwortung und der Gesellschaft gegenüber bewußt waren, nicht die Kapitalisten.

Wir haben es, die den Damm aufgerichtet haben, gegen die bolschewistische Fäulnis, wir haben es, die Deutschland vor dem Bolschewismus gerettet haben.

Von der Diskussion ist wenig Bemerkenswertes zu berichten. Es sprachen nur Schmidt (Fabrikarbeiter), Hannover, und Lehmann als Vertreter der Krankenfassen.

**Ein Intelligenzstreich der „Vorwärts“-Verleumder**

Der auf dem Kongreß gratis verbreitete „Vorwärts“ vom 1. September berichtet, daß Simon vom Schuhmacherverband ausgeführt hätte, der kommunistische Delegierte Galm wäre erst vor wenigen Wochen in die Gewerkschaft eingetreten. Der Vorsitzende Brandes verweigerte dem Genossen Galm das Wort zur Widerlegung dieses mehr als dummen Schwindels, sah sich aber doch gezwungen, aus dem Stenogramm festzustellen, daß Simon nur gesagt hatte, daß die Sattlerverbandsgruppe in Offenbach, der Galm vorsteht, wäre 1919 aus dem dortigen Ortsratte ausgestiegen und erst kurz vor dem ADGB-Kongreß wieder eingetreten. In Wirklichkeit sind auch die Angaben Simons Schwindel. Tatsache ist folgendes:

Genosse Galm ist seit seinem 14. Lebensjahr in der Arbeiterbewegung tätig und mit 16 Jahren, das heißt 1912, der Gewerkschaft beigetreten und gehört ihr seitdem ununterbrochen an. Seine Organisation ist auch nicht 1919 aus dem Ortsauschuß ausgestiegen worden und allerdings jetzt erst vor kurzem wieder eingetreten.

Dies der Sachverhalt. Schon ein ganz gewöhnlicher bürgerlicher Prellstreich weiß, daß ein Delegierter aus dem Gewerkschaftsorgane mindestens drei Jahre Mitglied der Gewerkschaft sein muß. Nur ein „Vorwärts“-Redakteur braucht etwas Derartiges nicht zu wissen. Aus bindend daß gegen die Kommunisten nicht er seinen Lesern derartige Schwindelereien auf. Ein Beweis, wie niederträchtig diese notorischen Verleumder über die Kommunisten schwindeln.

wichtigen Wirtschaftskennntnisse erst durch langjährige Übung und Beidigung in Wirtschaftsorganen erwerben müssen. Nun, in Kuhl und stand die Arbeiterklasse nach dem Sieg in der Revolution, der Übernahme der politischen Macht ohne intellektuelle Kräfte zur Wirtschaftsführung da. Aber sie haben problem auch das schwierigste Wirtschaftsprobleme gelöst, die schwebenden Elemente der Intelligenz wurden von der Macht, die in den Händen der Arbeiterklasse lag, angezogen, stellten sich dieser Macht zur Verfügung. Und so lange die Kapitalisten die Macht in Händen haben, werden sie die Intelligenz an sich ziehen. In werden sie selbst die Arbeiter, die sich durch lange Erfahrung wirtschaftliche Kenntnis angeeignet haben, an sich ziehen und gegen die Arbeiterklasse ausüben. Also auch aus diesen sehr wichtigen Erfahrungen folgt, daß es keinen anderen Weg gibt, als den schärfsten Kampf gegen die kapitalistische Klasse bis zu ihrer Vernichtung und dann erst eine proletarische Wirtschaftsführung.

Einem interessanten Zwischenfall gab es, als Genosse Galm zum Schluß mitteilte, daß er zuhause Zeuge eines im Kongreßsaal geführten Gesprächs zwischen Robert Schmidt und dem Professor Hermsberg gewesen sei. Schmidt sagte zu Hermsberg: Ich bin mit Ihrer These, daß es in der deutschen Wirtschaft keine Führung gibt, nicht einverstanden. Darauf antwortete Hermsberg: Von einer Führung in der deutschen kapitalistischen Wirtschaft kann man nicht sprechen, weil eine Führung nach außen in Erdoberwelt tritt, ist es nur das gegenseitige Vordrängen der verschiedenen kapitalistischen Interessengruppen. Schmidt bezweifelste demgegenüber die Möglichkeit einer Wirtschaftsdemokratie und erklärte: Wenn schon eine Veränderung eintreten soll, dann würde ich mich lieber für das Sowjetystem entscheiden.

Galm schloß seine Ausführungen mit den Worten: er ist sich, daß die wirklichen Erfolge des Sowjetystems in Kuhl und ihre Auswirkungen selbst auf so rechtstehende sozialpolitische Führer, wie Robert Schmidt, ausüben, sie zu einer anderen Auffassung zwingen, eben zu der Auffassung, daß nur eine sozialistische zentralisierte proletarische Diktatur zum Erfolg für die Arbeiterklasse führen kann.

Die Ausführungen des Genossen Galm und ganz besonders seine eigenen Mittelungen erzeugten ungeheures Interesse auf dem Kongreß, so daß selbst der Vorsitzende sich gezwungen sah, den Genossen Galm weit länger als zehn Minuten sprechen zu lassen.

Als Beispiel der unmittelbar hinter Galm sprach, demonstrierte durch sein Auftreten recht sinnfällig, daß die alte reformistische Garde unfähig ist, den neuen Geist zu begreifen. Er vertrat den Standpunkt, daß 1000 Bauhütten den Gewerkschaften weit nützlicher wären, als alle schönen Reden und Theorien.

Robert Schmidt bekämpft in seinen Ausführungen die Angaben des Genossen Galm über das Gespräch mit Professor Hermsberg. Er sieht in dem Vorher der Kapitalisten auf den verschiedenen Gebieten, wie Staat und Zoll-Gehelgebung, Handelsverträge, Preisbildungen um trotz aller Differenzen eine feste kapitalistische Wirtschaftsführung. Er konnte mit Professor Hermsberg nicht übereinstimmen. Schmidt bestrittet auch mit seinem Wort seine von Schmidt vertretene Forderung über das Sowjetystem, behauptet aber, daß die Bolschewisten in Kuhl und wieder den Kapitalismus eingeführt hätten. (Schmidt hat absichtlich vermeiden, zu sagen, da es sich in Kuhl um einen Staatskapitalismus handelt, der sich himmelweit unterscheidet vom Privatkapitalismus. Andererseits hat er, wie alle Sozialdemokraten, weder von Kuhl noch von der Geschichte gelernt, daß die nachfolgende Stelle in einer Resolution nur dann den Sieg erringen und bezeichnen kann, wenn sie den alten Staats- und teilweise auch Wirtschaftapparat zerstört und einen neuen Apparat an dessen Stelle legt.)

Zum Schluß verteidigt Jiska (DDB), Berlin, noch einmal Antrag 73 und legt sich ein für seine Arbeiterkammer. Schluß der Vormittagssitzung.

**Schlußwort**

Jodel bringt in seinem Schlußwort nichts Neues mehr. Er verteidigt im wesentlichen die Wirtschaftsdemokratie im Sinne der Arbeitsgemeinschaft. In der Frage des Endzieles war er mit den Kommunisten einig, jedoch nicht über den Weg, von nichte sich auf den Boden der gegenwärtigen Verhältnisse stellen. Ein Zusammenarbeiten mit dem Kapital wäre nicht immer harmonisch, jedoch gäbe es auch Fragen, wo beide Teile gleiche Interessen haben. (!)

Professor Hermsberg nennt als Ursache für die Differenzen zwischen ihm und verschiedenen Diskussionsrednern, daß er nicht glaubt, daß wir uns schon in einem Übergangszustande

# OKTOBERTAGE

## Erinnerungen aus der Oktoberrevolution 1917

von J. R. Kausch (6. Fortsetzung)

„Um, hm,“ meint der Offizier verlegen, „aber auch das hängt von der Regierung ab.“

„Na bitte schön, und die Geschichte mit der Verlegung der Garnison? Die Bolschewiki haben auch das nicht zugelassen.“

Die Elektrische hält am Newski-Prospekt, der Offizier steigt aus. Eine Menge Leute steigen ein. Alles „besseres Publikum“.

„Sie haben recht, mein Herr,“ ergriffet der Kaufmann nun das Wort, und die anderen wenden sich ihm aufmerksam zu. „Es ist keine Einigkeit gegen die Bolschewiki, und sie nutzen das aus. Die Bolschewiki haben weder Schamgefühl noch Gewissen, dieses Diebesgesindel.“

Udaroff hält es nicht länger aus: „Urteilen Sie nicht nach mir.“

„Ja, ja,“ schreit der Kaufmann, „dich beobachte ich schon lange. Ein Bolschewik, das sieht man gleich.“

„Was sind Sie denn eigentlich,“ sagt der Ingenieur wütend zu Udaroff. „Unwissend, roh und nur ein Werkzeuge in Lenins Händen.“

Udaroff fühlt, daß es richtiger sei, zu schweigen. Doch ihm löst es, und er kann es nicht mehr ertragen: „Es ist schon möglich, daß wir nur ein Werkzeug sind, doch ein richtiges.“

„Drohen Sie nur,“ freischt eine Dame, „Aufrührer, Rebellen. Ins Gefängnis gehören Sie.“

„Jetzt beginnen sie schon das Volk offen aufzuwiegeln,“ bemerkt ein Neueingestiegener.

„Es wäre interessant, zu wissen, ob dieser Burzke kein Detektiv ist?“ ertönt es offensichtlich provozierend.

„Richtig! Dort wird Blut vergossen, während sie hier die Deutschen arbeiten!“ schreit laut der Kaufmann.

Udaroff kann sich nicht mehr beherrsigen: „Das tun wir nicht, aber Sie sind Drückerberger.“

„Wie, Drückerberger? Für solche Worte gibt's Ohrfeigen.“ brüllt der Kaufmann los.

„Vertilge ihn hinaus! Lump!“

„Beträter!“ schreien beinahe alle. „Steigen Sie aus,“ bemerkt nachdrücklich der Ingenieur. „Sie verstehen sich nicht zu benehmen.“

„Werden Sie mir Geld für eine andere Fahrkarte geben?“ fragt Udaroff boshaft.

„Du Lump willst noch reden?!“ Ein Fahrgast packt ihn am Kragen und stößt ihn zur Tür.

„Recht so, recht so!“ toben fast alle. — — —

Sie hätten ihn in voller Fahrt heruntergeworfen, wenn nicht der Führer, der die ganze Zeit den Streit verfolgt hatte, in diesem Augenblick den Wagen angehalten hätte.

Udaroff stieg aus. Er lachte vor Wut. Er fühlte sich bis aufs Blut beleidigt und zitterte am ganzen Körper...

Udaroff kann sich den ganzen Tag nicht beruhigen. In dieser Stimmung kommt er in die Bezirksversammlung. Dort sind bereits viele Leute.

Die Arbeiter der Newski-Werke umringen ihn. „Sitzt du für den Zustand?“ fragt ihn Grigorjew.

„Ja, und ich glaube, unsere ganze Zelle...“

„Von welchem Betrieb seid ihr, Genossen?“ wendet sich ein Arbeiter an sie. — „hm, so, das ist schön. Der Betrieb Parwainen ist auch für den Zustand. Phönix auch, Krifon ebenso. Anders kann es ja nicht sein.“

„Rein, Genossen, so geht das nicht, das muß man erst besprechen.“

Udaroff ist erstaunt: das sagt derselbe junge Redner, der ihren ganzen Betrieb auf die Beine gebracht hat?

„Was sagen Sie, Genosse?“ plakt Udaroff heraus. „Eine ernste Frage. Man muß sich dazu vorbereiten.“

Die Glocke ertönt. Alle laufen zu ihren Plätzen. Trotzdem die Arbeiter sich Mühe geben, eng zusammenzurücken, finden doch viele keinen Platz und müssen stehen: Später Angekommene füllen die Gänge bis zur Tür. Man muß noch eine Tür öffnen, die in einen Korridor führt. Und auch der ist bald vollgepfropft.

Es ist eng und stickig. Viele sind direkt von der Arbeit gekommen, in schmutzigen Röcken und Blusen.

Die Rede des Referenten ist nicht allzu glänzend. Auch stottert er ein wenig. Doch eingehend und tief begründet er die Stellung der Mehrheit des Zentralkomitees und des Petrograder Komitees.

